



Peter Meiwald

Mitglied des Deutschen Bundestages
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Sprecher für Umweltpolitik

PRESSEMITTEILUNG

MdB Peter Meiwald stimmt gegen Syrieneinsatz

Oldenburg, 04.12.2015

Peter Meiwald, MdB

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78040
peter.meiwald@bundestag.de

Wahlkreis-Büro

Friedensplatz 14
26122 Oldenburg
Telefon: +49 441 361 694 03
und 0152 – 56 74 45 60

Kontakt Oldenburg

peter.meiwald.ma03@bundestag.de

Kontakt Ammerland

peter.meiwald.ma04@bundestag.de

Der Deutsche Bundestag hat heute Vormittag in einer namentlichen Abstimmung über die Beteiligung der Bundeswehr an der sogenannten Anti-IS-Mission entschieden. Peter Meiwald, Bundestagsabgeordneter der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN für den Wahlkreis 27, Stadt Oldenburg und Landkreis Ammerland, begründet, warum er dagegen gestimmt hat:

„Heute hat der Bundestag über das Syrien-Kriegseintritts-Mandat der Bundesregierung beschlossen.

Solidarität mit Frankreich ist natürlich ein wichtiges Motiv und die Bekämpfung von Daesh ist unumstritten notwendig. Aber trotzdem habe ich das Mandat u.a. aus folgenden Gründen abgelehnt:

- Ziel, politische Perspektive und Exitszenario des räumlich und zeitlich weitestgehend unbegrenzten Einsatzes sind völlig unklar.
- War on terror mit militärischer Logik birgt das sehr große Risiko, neue "Märtyrer" zu kreieren und so neuen Terrorismus zu befeuern. Die Erfahrungen aus Afghanistan, Irak oder auch Libyen legen diesen Schluss zumindest nahe.
- Andere Maßnahmen der Bekämpfung von Daesh werden längst noch nicht stringent und ausreichend international ergriffen. Dazu gehört in erster Linie die Stärkung der diplomatischen Anstrengungen bei den Wiener Verhandlungen, deren erstes Ziel die Aushandlung eines Waffenstillstands für Syrien sein muss.
- Darüber hinaus muss aber der politische Einfluss v.a. auf die Türkei und Saudi-Arabien genutzt werden, um Nachschub, Einnahmequellen und ideologische Unterstützung für Daesh zu unterbinden - die Einbindung des jetzigen Militäreinsatzes in internationale Strukturen ist völkerrechtlich mindestens sehr fragwürdig, denn ein VN-Mandat liegt nicht vor. Stattdessen ist eine "Koalition der Willigen" zu erwarten, bei der weder klar ist, wer die militärische Führung übernehmen würde, noch überhaupt, wer Partner oder wer Gegner wäre.



Bei einem Bündnis aus Frankreich, Russland, Türkei, ggfs. sogar Assad ist ein gemeinsames politisches Ziel derzeit kaum vorstellbar. Darüber hinaus haben die diversen Anschläge der vergangenen Wochen gezeigt, wie wichtig gesellschaftliche Integrationsanstrengungen und Diplomatie sind.“